



I Z A

COMPACT

DIE ZUKUNFT DER ARBEIT DENKEN

EU-Osterweiterung, Zuwanderung und Arbeitsmarkt

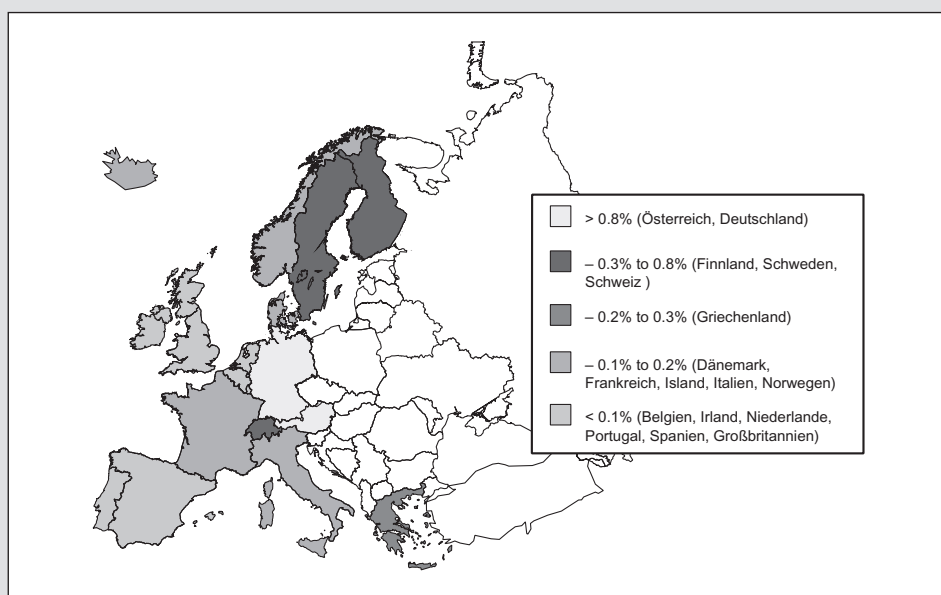
Die Europäische Union hat 1998 Verhandlungen mit sechs mittel- und osteuropäischen Staaten aufgenommen, die eine Aufnahme in die EU anstreben. Zu dieser Gruppe zählen die Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Polen, Slowenien und Zypern. Eine zweite Gruppe, bestehend aus Bulgarien, Lettland, Litauen, Rumänien und der Slowakei, wurde aufgefordert, vor entsprechenden Verhandlungen ihre Volkswirtschaften denen der EU-Staaten anzunähern. Grundsätzlich befürworten alle EU-Mitglieder den Vorschlag, die Union um diese Staaten zu erweitern. Einige der jetzigen Mitglieder befürchten jedoch, daß sie durch die Osterweiterung volkswirtschaftliche Nachteile erleiden könnten. Ein aktuelles IZA-Gutachten hinterfragt die verbreitete Sorge, daß eine Flut von billigeren Arbeitskräften aus den Beitrittsstaaten Mittel- und Osteuropas über das derzeitige EU-Gebiet hereinbrechen und dazu führen könnte, daß die einheimischen Arbeitnehmer niedrigere Löhne oder gar den Verlust des Arbeitsplatzes in Kauf nehmen müßten.

Ausführlich: Thomas Bauer/Klaus F. Zimmermann, Assessment of Possible Migration Pressure and its Labor Market Impact Following EU Enlargement to Central and Eastern Europe. A Study for the Department for Education and Employment, UK, 1999.

Migrationspotential

Die Auswertung der theoretischen und empirischen Literatur zeigt, daß Wanderungsströme auf Unterschiede in den Lebensstandards, Arbeitslosenquoten sowie den vorhandenen Netzwerken reagieren. Derzeit leben etwa 1,1 Millionen Einwanderer aus Mittel- und Osteuropa in der EU, davon rund zwei Drittel in Deutschland, gefolgt von Österreich, Italien, Frankreich, Großbritannien und Griechenland. Etwa 41,2 Prozent dieser Immigranten stammen aus Polen, 20,7% aus Rumänien, 8,4% aus der ehemaligen Tschechoslowakei und Ungarn sowie 7,5% aus Bulgarien. Deutschland und Österreich weisen den größten Anteil von Ausländern aus Osteuropa auf – vor Schweden, Finnland und der Schweiz. Diese Zahlen beinhalten jedoch keine deutschstämmigen Einwanderer aus Osteuropa. Zwischen 1950 und

Anteil der osteuropäischen Bevölkerung in den Ländern der EU, 1993 (in % der Gesamtbevölkerung)



Quelle: Eurostat (1995), IZA-Berechnungen.

1993 kamen insgesamt rund 3,068 Millionen Aussiedler nach Westdeutschland. Wird diese Zahl zum Gesamtbestand der mittel- und osteuropäischen Einwanderer hinzu addiert, leben derzeit etwa 91 Prozent aller Menschen, die von Mittel- und Osteuropa in die EU immigrierten, in Deutschland. Es gestaltet sich äußerst schwierig, den potentiellen Wanderungsstrom von Ost nach West zu schätzen. Die IZA-Studie verwendet vier unterschiedliche Verfahren zur Abschätzung des Migrationspotentials nach einer Osterweiterung der EU. In einem ersten Schritt wird ein Vergleich der ökonomischen und demographischen Situation in Ost- und Westeuropa angestellt, um den potentiellen Einfluß der wichtigsten Determinanten der Migration abschätzen zu können. Zweitens werden Schätzungen der Ost-West-Migration, die in den frühen neunziger Jahren durchgeführt wurden, bis in die Gegenwart fortgeschrieben. In einem dritten Schritt werden Umfragen in den potentiellen Ausreiseländern ausgewertet. Schließlich werden auf Basis der Wanderungserfahrungen der EU im Umfeld der Aufnahme Spaniens, Portugals (1986) und Griechenlands

(1981) in die Union Regressionsanalysen durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Analyse werden zur Simulation der potentiellen Ost-West-Migrationsströme nach einer Osterweiterung der EU verwendet.

Eine der wichtigsten Determinanten der Wanderung von Individuen ist die Existenz von Einkommensunterschieden. Ein Vergleich des Bruttoinlandsprodukts in den ost- und westeuropäischen Ländern zeigt, daß das durchschnittliche Einkommen in allen EU-Ländern höher ist als in den potentiellen osteuropäischen Beitrittsländern. Ein Vergleich des Einkommensdifferentials zwischen den reichsten und den ärmsten EU-Mitgliedsländern (Portugal und Griechenland) mit dem Einkommensdifferential zwischen den reichsten EU-Staaten und den reichsten osteuropäischen Staaten läßt keine sehr großen Unterschiede erkennen.

Die bisherigen Migrationserfahrungen innerhalb der EU zeigen, daß die Mobilität der Arbeitskräfte nur sehr zögerlich zur Anpassung von Lohnunterschieden und Arbeitslosigkeit beiträgt. Deshalb dürfte

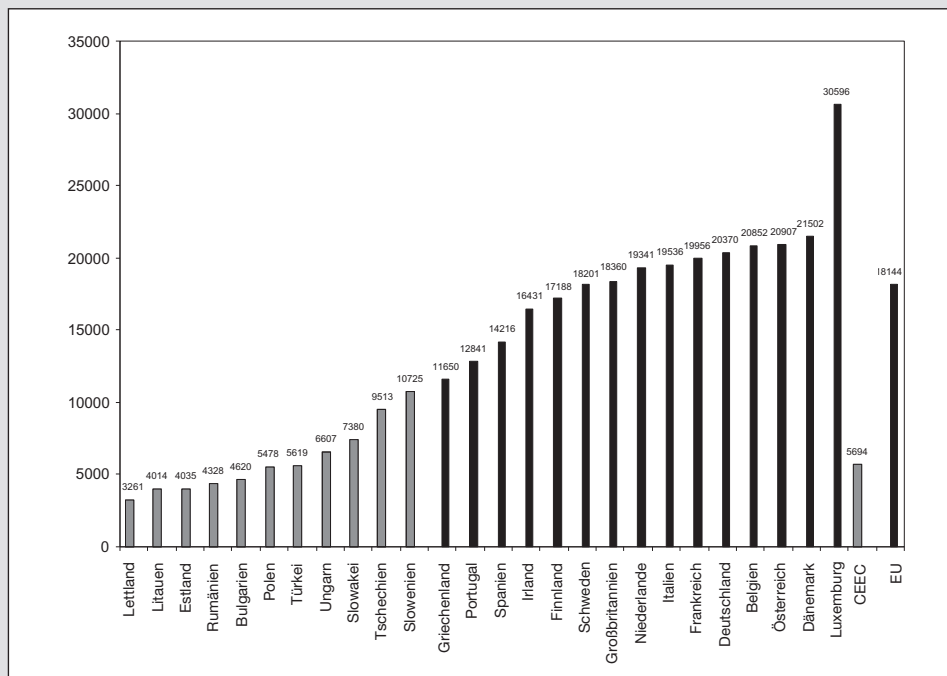
eine niedrig angesetzte Prognose von vornherein das wahrscheinlichere Szenario für den Migrationsdruck sein, der in Zukunft von Ost nach West wirken wird. Die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung in den osteuropäischen Beitrittsländern kann

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) veröffentlichte 1998 eine Vergleichsstudie des Migrationspotentials in elf mittel- und osteuropäischen Staaten. Sie bestätigt, daß das Ost-West-Migrationspotential im Zuge der EU-Ost-

Migrationsströme von Ost- nach Westeuropa verwendet. Die Simulationsergebnisse zeigen, daß in einem Szenario eingeschränkter Wandermöglichkeiten die Wanderungsanteile zwischen 0,22% bei der slowenischen Bevölkerung und 1,3% bei der polnischen Bevölkerung liegen werden. In einem Szenario freier Wanderung erhöhen sich die zu erwartenden Migrationsströme signifikant. Beispielsweise würden sich die simulierten Emigrationsraten aus Polen von 1,3% in einem Szenario begrenzter Wandermöglichkeiten auf 6% in Falle freier Wandermöglichkeiten erhöhen.

Zusammenfassend zeigt die Abschätzung der potentiellen Migrationsströme nach einer EU-Osterweiterung, daß langfristig 2-3% der Bevölkerung der Beitrittsstaaten in den Westen wandern werden. In den ersten Jahren nach einem Beitritt könnte diese Zahl jedoch erheblich überschritten werden. Aufgrund existierender Netzwerke werden Deutschland und Österreich die wichtigsten Aufnahmelande für diese Migranten darstellen. Es ist zu erwarten, daß die Migranten nur temporär im Westen bleiben werden und es sich bei ihnen überwiegend um qualifizierte Arbeiter handeln wird. Diese Schlußfolgerung wird tendenziell durch eine empirische Untersuchung des DIW bestätigt (Herbert Brücker/Parvati Trübswetter/Christian Weise, *Migrationseffekte der Europäischen Integration. Lehren aus der Süderweiterung für eine Osterweiterung der Europäischen Union. Studie im Auftrag der Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte, Wien, Österreich, 1999*). Nach den Forschungsergebnissen des DIW ist als Folge einer EU-Osterweiterung anfänglich mit einer jährlichen Zunahme der ausländischen Wohnbevölkerung in Deutschland um rund 220.000 Personen und um etwa 350.000 Personen in der gesamten EU zu rechnen. Dieses Zuwanderungsniveau wird jedoch sehr schnell abnehmen.

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (in Kaufkraftparitäten US \$)



Quelle: United Nations (1997), IZA-Berechnungen.

nur sehr schwer vorhergesagt werden. Es ist jedoch anzunehmen, daß die sich verringende Abhängigkeit der Wirtschaft der Beitrittsstaaten von der wirtschaftlichen Entwicklung in Rußland und verbesserte wirtschaftliche Beziehungen zu den westeuropäischen Staaten positive Auswirkungen zeigen werden. Langfristig könnte allerdings die zunehmende Alterung des Arbeitskräftepotentials und das negative Bevölkerungswachstum in Westeuropa, verglichen mit einem positiven Bevölkerungswachstum in Osteuropa, eine erhöhte Ost-West-Migration sogar wünschenswert machen.

Die bisher vorliegenden Studien gelangen zu höchst unterschiedlichen Schlußfolgerungen. Schätzungen anhand von Meinungsumfragen in den osteuropäischen Beitrittsländern gehen davon aus, daß 13 bis 27 Millionen Menschen nach Westeuropa kommen wollen, während gemäßigte Prognosen rund 5 Millionen Immigranten erwarten. Anderen Studien zufolge werden 3% der osteuropäischen Bevölkerung innerhalb der nächsten 15 Jahre in den Westen auswandern. Das würde einen Wanderungsstrom von 3 Millionen Menschen bzw. 0,81% der EU-Bevölkerung (im Jahre 1995) bedeuten. Angesichts der Tatsache, daß die jährliche Zuwanderung nach Deutschland während der letzten zehn Jahre im Mittel stets rund 1% der Bevölkerung betrug, wäre diese Zahl alles andere als dramatisch.

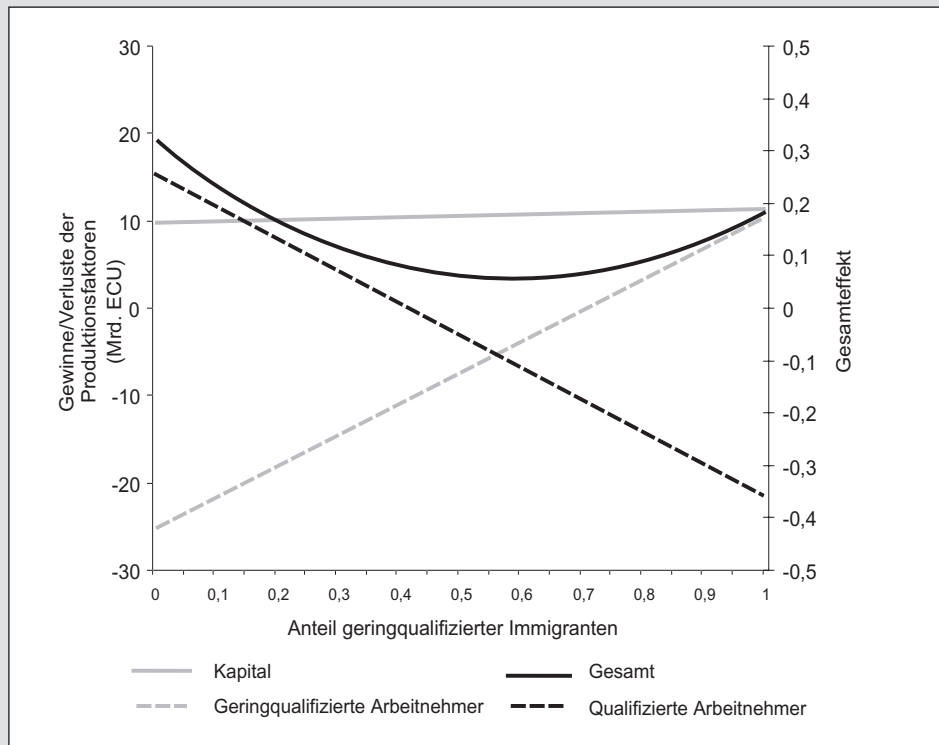
erweiterung weit geringer ausfallen wird, als vielfach angenommen. Das mittelfristige Wandermuster wird vermutlich aus Kurzzeit-Migration zur Aufbesserung des Haushaltseinkommens bestehen. Trotz einer enormen Ungleichheit zwischen den Beitrittskandidaten und den jetzigen EU-Mitgliedsstaaten wird das Migrationspotential in Folge steigender Lebensstandards in den Staaten Ost- und Mitteleuropas mit hoher Wahrscheinlichkeit abnehmen. In stärkerer Weise werden wohl nur Deutschland und Österreich - als Zieländer der meisten potentiellen Zuwanderer - von der Ost-West-Migration betroffen sein. Insgesamt werden diese Schlußfolgerungen durch eine vom IZA durchgeführte Befragung bestätigt.

Angesichts der Erfahrungen der EU mit dem Beitritt Griechenlands, Spaniens und Portugals ist nicht von vornherein klar, ob die jetzigen Mitgliedsstaaten eine Massmigration von Ost nach West befürchten müssen, sobald die osteuropäischen Beitrittskandidaten aufgenommen werden. Der Beitritt dieser südeuropäischen Staaten in die EU wurde im Rahmen der IZA-Studie als Referenzfall für eine EU-Osterweiterung herangezogen. Dazu wurden in einer empirischen Analyse die Determinanten der Wanderungen von Griechenland, Spanien und Portugal in die restlichen EU-Länder ermittelt. Die daraus resultierenden Schätzergebnisse wurden für eine Simulation der zu erwartenden

Arbeitsmarkteffekte der Ost-West-Wanderung

Die theoretische Analyse der Arbeitsmarkteffekte der Immigration zeigt, daß es von komplizierten Vorgängen abhängt, ob Zuwanderung wirtschaftliche Vorteile mit sich bringt und welche Gruppen davon profitieren. Differenziert man zwischen einem Arbeitsmarkt für geringqualifizierte Arbeiter und einem Arbeitsmarkt für hochqualifizierte Arbeitnehmer und geht man von einem Wettbewerbs- und Gleichgewichtsmodell für beide Arbeitsmärkte aus, so werden die Einheimischen insgesamt profitieren, während jedoch Arbeitnehmer, die durch Immigranten substituierbar sind, zu den Verlierern zählen. In einem Modell starrer Arbeitsmärkte wären die Auswirkungen der Zuwanderung ähnlich geartet. Von der Zuwanderung gering qualifizierter Arbeitskräfte profitieren zwar die qualifizierten Einheimischen, doch ihre weniger qualifi-

Zuwanderungsgewinne und -verluste der Produktionsfaktoren innerhalb der EU



Quelle: IZA-Berechnungen.

zierten Landsleute werden niedrigere Löhne und höhere Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen müssen. Inwieweit Einheimische trotzdem insgesamt durch Zuwanderung gewinnen, hängt von der konkreten Situation ab. Im Falle der Immigration qualifizierter Arbeitskräfte werden sowohl die Löhne der qualifizierten Einheimischen als auch die Arbeitslosenquote ihrer weniger qualifizierten Landsleute sinken, so daß das Gesamteinkommen der Inländer steigen wird (einschließlich des Einkommens von Kapitaleignern).

Empirische Studien über die Auswirkungen von Immigration auf die Löhne der Einheimischen finden keine oder nur sehr geringe negative Effekte. In manchen Fällen sind die Effekte sogar positiv. Bei dem vom IZA für wahrscheinlich gehaltenen Ost-West-Wanderungsszenario von etwa 3 Millionen Menschen im Verlauf von 15 Jahren nach der EU-Osterweiterung kämen jährlich etwa 200.000 Osteuropäer in die „alten“ EU-Staaten. Nach den Ergebnissen ökonomischer Studien zu den Lohneffekten der Immigration würden die Löhne der Arbeitnehmer innerhalb der jetzigen EU aufgrund dessen im ersten Jahr nach einer Erweiterung höchstens um 0,81% des derzeitigen Lohnniveaus sinken. Bei einem durchschnittlich verfügbaren Pro-Kopf-Jahreseinkommen aus abhängiger Arbeit in der EU von 9.094 ECU im Jahre 1996 entspräche dies einem Einkommensrückgang von maximal 74 ECU im ersten Jahr nach der EU-Osterweiterung.

Obwohl der empirische Nachweis der Lohneffekte eindeutiger ausfällt als der Nachweis der Beschäftigungseffekte von Immigration, deutet die Masse der empi-

rischen Daten darauf hin, daß Zuwanderung in Europa nur äußerst geringe Auswirkungen auf die Beschäftigung hat. Eine jährliche Zuwanderung in den ersten 10-15 Jahren von 200.000 Arbeitnehmern aus dem EU-Beitrittsgebiet dürfte die Arbeitslosenquote in Europa im ersten Jahr nach der Erweiterung um nicht mehr als 0,54 Prozentpunkte in die Höhe treiben. Wie auch bei den Lohneffekten ist diese Zahl als Maximalwert anzusehen und wird aller Wahrscheinlichkeit nach wesentlich geringer ausfallen.

Ein Simulationsmodell der Arbeitsmarkt- und Lohneffekte von Immigration anhand von Daten für die EU, Großbritannien und Deutschland kommt zu ähnlichen Schlußfolgerungen wie die Auswertung der empirischen Studien. Die vom IZA durchgeführten Simulationen zeigen, daß für die einheimischen EU-Bürger bei einer Einwanderungsquote von 1% der EU-Bevölkerung in einem Jahr Einkommenseinbußen von 34,461 Mrd. ECU (bzw. 0,7% des EU-Bruttoinlandsprodukts von 1993) entstehen würden. Dieser Fall träte in einem Szenario ein, in dem die Löhne starr sind und ausschließlich unqualifizierte Arbeitskräfte zuwandern. Im Falle Großbritanniens erreicht der Simulationswert 2,027 Mrd. ECU (bzw. 0,26% des britischen BIP von 1996), während der Maximalverlust für Deutschland bei 8,975 Mrd. ECU (0,65% des deutschen BIP von 1996) liegen würde. Sollten in erster Linie qualifizierte Arbeitnehmer immigrieren, wären sogar Einkommenszuwächse denkbar. Ein Anstieg des EU-Arbeitskräftepotentials von 1% in einem Jahr aufgrund der Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften könnte das Einkommen der einheimischen Arbeitneh-

mer um etwa 367,092 Mrd. ECU bzw. 6,9% des EU-BIP von 1993 steigern. Bezogen auf Großbritannien und Deutschland hieße dies, daß sich das Einkommen der Einheimischen um rund 4,205 Mrd. ECU (0,53% des BIP) in Großbritannien und 19,192 Mrd. ECU (1,38% des BIP) in Deutschland erhöhen könnte. Allerdings zeigen Simulationen auch, daß Immigration stets erhebliche Auswirkungen auf die (ungleiche) Einkommensverteilung hat.

Politikoptionen

Welche Möglichkeiten der EU zur Gestaltung ihrer Einwanderungspolitik gegenüber den Beitrittskandidaten offenstehen, ist nicht zuletzt unter außenpolitischen Aspekten schwer vorherzusehen. Im Hinblick auf Artikel 8a der Einheitlichen Europäischen Akte dürfte ein Laissez-Faire-System uneingeschränkter Mobilität des Faktors Arbeit zwischen den alten und den neuen Mitgliedsstaaten letztlich unvermeidbar sein. Doch wie schon beim Beitritt Spaniens und Portugals könnte eine vorübergehende Beschränkung der Zuwanderung aus dem Beitrittsgebiet ein praktikables Verfahren darstellen. Ein Auswahlverfahren zugunsten qualifizierter Immigranten wäre dabei ratsam. Wenn sich unqualifizierte und qualifizierte Arbeitskräfte im Produktionsprozeß komplementär verhalten, könnten durch eine Verbesserung der Beschäftigungschancen gering qualifizierter Einheimischer erhebliche volkswirtschaftliche Vorteile, insbesondere in den Haupteinreiseländern, erzielt werden. In Verbindung mit dem derzeitigen Überschuß an qualifizierten Arbeitskräften in Osteuropa und der immer noch notwendigen Steigerung ihres Humankapitals im Transformationsprozeß sollte aufgrund dieser Erkenntnisse eine zeitlich begrenzte, selektive Zuwanderungspolitik gegenüber den neuen Mitgliedern in Erwägung gezogen werden. Aus ökonomischer Sicht ist ein Auktionsystem, bei dem zeitlich begrenzte Einwanderungsvisa an einheimische Firmen versteigert werden, allen anderen Politikoptionen vorzuziehen. Die vielleicht naheliegendste politische Strategie wäre allerdings bilaterale Verträge zwischen einzelnen „alten“ und neuen EU-Staaten abzuschließen, zumal eine einheitliche EU-Migrationspolitik unverändert nicht absehbar ist.

Fazit

Sollte die Politik zu der Entscheidung gelangen, den neuen EU-Staaten erst mit zeitlicher Verzögerung die vollen Freizügigkeitsrechte zuzugestehen, wird es darauf ankommen, ein praktikables System zur Steuerung der politischen Wanderungsbewegungen zu finden. Mittel- und langfristig sind als Folge der EU-Osterweiterung jedoch nur begrenzte Ost-West-Wanderungen zu erwarten, die die Arbeitsmärkte der westlichen EU-Einreiseländer nicht vor größere Probleme stellen werden, von denen sie im Gegenteil sogar profitieren können.

„Evaluation von Arbeitsmarktpolitik“ IZA-CEPR-Workshop – Neuer IZA-Forschungsbereich

Mit einem zweitägigen Workshop läutete das IZA Ende November 1999 die Arbeit in seinem neuen Forschungsbereich „Evaluation von Arbeitsmarktpolitik und Projekten“ ein. Der Workshop bot führenden Ökonomen auf diesem Gebiet ein Forum zum Austausch von Erfahrungen aus verschiedenen Ländern und veranschaulichte die Wichtigkeit einer systematischen Evaluation arbeitsmarktpolitischer Maß-

nahmen, die bislang noch zu häufig unterbleibt.

Christoph M. Schmidt (Universität Heidelberg, IZA) gab einen allgemeinen Überblick über die Möglichkeiten der wissenschaftlichen Auswertung von Arbeitsmarktpolitik. Zunächst müsse eine sorgfältige Einschätzung der Kosten vorliegen, die mit der Marktintervention des Staates verbunden

seien. Eine potentielle Gefahr bestehe unter anderem darin, daß die nötigen Instrumentarien für die Durchführung der Maßnahmen zwar bereits vorhanden, jedoch sehr kostspielig seien. Auch sei eine effektive Koordinierung und Verwaltung der Intervention notwendig. Einfache, von den Verwaltungsorganen erhobene Statistiken reichten für eine umfassende Auswertung häufig nicht aus. Diese aber sei unverzichtbar, um die Programmeffekte auf die tatsächlich zugrundeliegenden Ursachen zurückführen zu können und den eigentlichen Wert der durchgeführten Maßnahmen ermessen zu können. Die Politik dürfe keine Scheu vor der wissenschaftlichen Evaluation haben, sondern müsse sie im Gegenteil forcieren und an ihr das arbeitsmarktpolitische Vorgehen messen.

Mit der Auswertung von aktiver Arbeitsmarktpolitik (Active Labor Market Policies oder ALMPs) in der Schweiz befaßte sich *Joseph Zweimüller* (Universität Zürich). Er wies darauf hin, daß die Arbeitslosenquote in der Schweiz bis zum Ende der achtziger Jahre gering war, jedoch Anfang der neunziger Jahre rapide anstieg. Die Schweizer Regierung reagierte mit der Durchführung von ALMPs, woraufhin die Arbeitslosigkeit in letzter Zeit wieder zu sinken begann. Es stelle sich jedoch die Frage, ob dies tatsächlich auf den Erfolg der ALMP-Programme zurückzuführen sei. In seiner Studie stützte sich Joseph Zweimüller auf offizielle Arbeitslosendaten, um die Auswirkung der Programme auf die individuelle Dauer der Arbeitslosigkeit zu analysieren. Danach konnte eine ALMP-Teilnahme die Arbeitslosigkeitsdauer bei Frauen geringfügig reduzieren, nicht hingegen bei Männern. *Patrick Puhani* (Universität St. Gallen) wies darauf hin, daß eine ALMP-Teilnahme nach dem Schweizer Modell ausdrücklich nicht zu einer Verlängerung der Arbeitslosenunterstützung führe. Die Entscheidung zur ALMP-Teilnahme könne freilich durch ein Auslaufen der staatlichen Unterstützung beeinflusst sein, was die Interpretation der Ergebnisse erschwere.

Aktive Arbeitsmarktpolitik in Kanada und Europa

David Card (University of California, Berkeley) referierte über das kanadische Projekt „Self-Sufficiency“, ein groß angelegtes Modellprojekt zur Auswertung der Effekte eines Gehaltszuschusses. Ein solcher Zuschuß wird alleinerziehenden Eltern (in erster Linie Müttern) gewährt, die über längere Zeit Sozialhilfe bezogen haben und durch ein Vollzeit-Beschäftigungsverhältnis finanziell unabhängig von staatlicher Unterstützung werden. Da der Zuschuß geringer als die Sozialhilfezahlungen ist, profitiert der Staat von jedem Arbeitnehmer,

IZA-CEPR Workshop: Evaluation of Labor Market Programs

November 29th -30th, 1999
Berlin, Germany

Program Chair and Organization:

Juan J. Dolado (University Carlos III, Madrid, IZA and CEPR)

Rob Euwals (IZA and CEPR)

Christoph M. Schmidt (University of Heidelberg, IZA and CEPR)

Klaus F. Zimmermann (IZA, Bonn University and CEPR)

Monday 29th November

15:00 - 16:30

Evaluating Policy Interventions

Christoph M. Schmidt (University of Heidelberg, IZA and CEPR)

Discussant: *Olaf Hübler* (University of Hannover and IZA)

17:00 - 18:00

The Impact of Active Labour Market Policies and Benefit Entitlement Rules on the Duration of Unemployment in Switzerland

Joseph Zweimüller (University of Zurich, IZA and CEPR)

Discussant: *Patrick Puhani* (University of St. Gallen, IZA and CEPR)

Tuesday 30th November

09:00 - 10:30

Reforming the Financial Incentives of Welfare: Evidence from a Large Scale Social Experiment.

David Card (University of California and IZA)

Discussant: *Michael Lechner* (University of St. Gallen and IZA)

11:00 - 12:00

Do Active Labour Market Policies Help Unemployed Workers to Find and Keep Regular Jobs?

Jan van Ours (CentER, Tilburg University, IZA and CEPR)

Discussant: *Denis Fougere* (CREST-INSEE, Paris)

12:00 - 13:00

Evaluation of Labor Market Programs in the Netherlands

Gerard van den Berg (Free University Amsterdam, IZA and CEPR)

Discussant: *Rob Euwals* (IZA and CEPR)

14:00 - 15:00

Estimation in a Duration Model for Evaluating Training Programs

Kurt Brannas (Umeå University and IZA)

Discussant: *Peter Jensen* (University of Aarhus)

15:00 - 16:00

The Impact of Differential Payroll Tax Subsidies on Minimum Wage Employment

Françis Kramarz (CREST-INSEE, Paris, IZA and CEPR)

Discussant: *Jennifer Hunt* (Yale University, DIW, IZA and CEPR)

der erfolgreich vom Sozialhilfeempfänger zum Zuschußempfänger wird. Eine vorläufige Analyse zeigt, daß dieses Programm alleinerziehende Eltern dazu ermutigt, einen Job anzunehmen. Doch kann die Gewährung von Gehaltszuschüssen nicht andere Sozialhilfeempfänger dazu veranlassen, möglichst lange Sozialhilfe zu beanspruchen, um ebenfalls in den Genuß dieser Regelung zu kommen? In einem separaten Experiment wurde neuen Sozialhilfeempfängern mitgeteilt, daß sie sich bereits nach einem Jahr für den Zuschuß qualifizieren würden. Dieser Versuch zeigte, daß sich bezüglich des Zeitpunkts des Ausstiegs aus der Sozialhilfe nur ein leichter Verzögerungseffekt einstellte. Angesichts dessen erscheint ein solches Modell durchaus plausibel und profitabel. Einschränkend wies Card jedoch darauf hin, daß die Lohnsteigerung bei den Zuschußempfängern lediglich derjenigen für gering qualifizierte Arbeitnehmer entsprochen habe. Darin liege ein negativer Anreiz, bei Ablauf der Zuschußregelung nach drei Jahren wieder auf Sozialhilfe zurückzugreifen.

In den neunziger Jahren führte die slowakische Regierung eine breite Palette von ALMPs ein, darunter auch zeitlich begrenzte Jobsubventionen. Anhand von offiziellen Daten analysierte Jan van Ours (CentER, Universität Tilburg) die Dauer von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

nach der Teilnahme an einem solchen Programm. Kurzzeitige Subventionen seien effektiver, während längerfristige Subventionen negative Auswirkungen auf die Arbeitsfindungsrate hätten.

In den Niederlanden versuchen die Sozialversicherungsanstalten, durch Beratung und Betreuung Arbeitslosen mit guten Arbeitsmarktaussichten bei der Jobsuche zu helfen. Durch die Auswertung eines Modellprojektes in zwei niederländischen Großstädten fand Gerard van den Berg (Freie Universität Amsterdam) heraus, daß Beratung und Betreuung keine signifikanten Auswirkungen auf die Wiederbeschäftigung haben. Rob Euwals (IZA und CEPR) wies darauf hin, daß der geringe Effekt für diese Arbeitsmarktgruppe nicht verwunderlich sei, da sich die niederländische Wirtschaft im betrachteten Zeitraum (1998-99) in einer starken Aufschwungphase befand.

In Schweden haben ALMPs und deren Auswertung eine lange Tradition. Kurt Brannas (Universität Umeå) analysierte die Zeiten der Arbeitslosigkeit von Erwachsenen ohne dreijährige Ausbildung auf einer höheren Schule. Er verglich diese Gruppe mit Teilnehmern der „Schwedischen Erwachsenenbildungs-Initiative“ und Absolventen eines Arbeitsmarkt-Trainings. Brannas kam zu dem Ergebnis, daß letztere signifikant längere Beschäftigungsphasen aufwiesen

und daß eindeutige Indikatoren für einen Selektionseffekt zu finden sind.

Frankreich machte die besondere Erfahrung, daß neben der üblichen Steigerung der Mindestlöhne und der dadurch verursachten Kosten in den letzten Jahrzehnten auch Jahre mit sinkenden Kosten zu verzeichnen waren. Francis Kramarz (CREST-INSEE, Paris) analysierte die Beschäftigungswahrscheinlichkeiten von Arbeitnehmern, die unter die Mindestlohnregelungen fallen. Anhand französischer Arbeitsmarktstatistiken konnte er für Jahre mit steigenden Mindestlohnkosten feststellen, daß die von diesen Veränderungen betroffenen Arbeitnehmer mit größerer Wahrscheinlichkeit arbeitslos wurden als diejenigen, die etwas mehr verdienen und für die sich daher keine Änderungen ergaben. Für Jahre mit sinkenden Mindestlohnkosten stellte er Substitutionseffekte zwischen Mindestlohnempfängern fest. Zugleich wurden während dieser Zeit mehr Arbeitsplätze geschaffen.

IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann faßte die Botschaft des Workshops zusammen: „Die Politik wäre gut beraten, sich der Instrumente der wissenschaftlichen Evaluation zu bedienen, um Holzwege als solche zu erkennen, Irrwege zu verlassen und den richtigen Kurs in der aktiven Arbeitsmarktpolitik einschlagen zu können.“

KURZBERICHTE

+++ Ralf Messer neuer Geschäftsführer des IZA +++

Seit Januar 2000 ist Ralf Messer Geschäftsführer des IZA. Zuvor war er langjähriger



Ralf Messer

wissenschaftlicher Referent des Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und hat die Arbeit des größten deutschen Wirtschaftsforschungsinstitutes an wichtiger Stelle mitgeprägt. Ralf Messer hat Politische Wissenschaften, Geographie und Volkswirtschaftslehre an der Freien Universität Ber-

lin studiert und sein Studium als Diplom-Politologe abgeschlossen. In seine neue Aufgabe bringt er vielfältige Management- und Marketingenerfahrungen sowie hervorragende Kontakte zur Wissenschafts- und Forschungspolitik ein. Über das Management der zentralen wissenschaftlichen und administrativen Arbeiten des IZA hinaus wird Ralf Messer eine wichtige Funktion bei der beabsichtigten engeren Kooperation zwischen IZA und DIW einnehmen.



+++ Hartmut Lehmann neuer IZA-Forschungsdirektor für den Bereich „Arbeitsmärkte in Transformationsländern“ +++

Als Forschungsdirektor koordiniert Hartmut Lehmann seit Jahresbeginn die IZA-Forschungsprojekte im Bereich „Arbeitsmärkte in Transformationsländern“. Nach dem Statistikstudium an der University of California, Berkeley sowie seiner Promotion in Ökonomie an der London School of Economics and Political Science, arbeitete Lehmann zunächst im Ifo-Institut in München als Leiter der Abteilung für Zentral- und Osteuropa. Im Rahmen dieser Tätigkeit konzentrierten sich seine Forschungen bereits auf Arbeitsmärkte in Trans-

formationsökonomien. Nach beratenden Tätigkeiten für die Weltbank und die OECD ist er gegenwärtig Mitglied der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Heriot-Watt-Universität in Edinburgh und lehrt dort Arbeitsmarktökonomie und



Hartmut Lehmann

Ökonometrie. Er ist außerdem Research Fellow am William Davidson-Institut der Business School an der Universität Michigan und Senior Research Fellow am Centre for Economic Reform and Transformation (CERT) der Heriot-Watt-Universität, wo er das Arbeitsmarktprogramm leitet. Seit

1999 ist Lehmann zudem Research Fellow des IZA. Seine jüngsten Arbeiten beschäftigen sich mit Fragen der Arbeitsmärkte in Transformationsländern. Sie wurden in verschiedenen Fachzeitschriften veröffentlicht, unter anderem in *Journal of Comparative Economics*, *European Economic Review* und *Labour Economics*. „Von den Reformanstrengungen in den Transformationsländern, den Fehlern und Erfolgen, können die westlichen Volkswirtschaften lernen, wie sie selbst auf die Notwendigkeit von Anpassung und Wandel reagieren sollten“, so Hartmut Lehmann zur Wichtigkeit intensiver Forschungsarbeit in diesem Bereich.



+++ Christoph M. Schmidt neuer IZA Forschungsdirektor für den Bereich „Evaluation von Arbeitsmarktpolitik und Projekten“ +++

Der Forschungsbereich „Evaluation von Arbeitsmarktpolitik und Projekten“ wird ab sofort von *Christoph M. Schmidt* geleitet. Er legte sein Diplom in Volkswirtschaftslehre 1987 an der Universität von Mannheim ab. Den Magistergrad erlangte er 1989 an der Princeton University, wo er 1991 auch als Ph.D. abschloß. Schmidt war von 1987 bis 1990 Forschungsstipendiat der Princeton University. Im Anschluß erhielt er ein Alfred P. Sloan Doctoral Dissertation-Forschungsstipendium. Von 1992 bis 1995 war er Mitglied der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). 1995 erlangte Schmidt den Doktorgrad Dr. rer. pol. habil. an der Universität München. Seitdem lehrt er als ordentlicher Professor für Ökonometrie und Arbeitsmarktökonomie an der Universität Heidelberg. Schmidt ist seit 1996 Research Fellow des CEPR sowie seit 1998 IZA-Fellow. Sein Forschungsinteresse gilt vor allem der angewandten Ökonometrie,



insbesondere der Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsökonomie. Er ist Mitherausgeber des *Journal of Population Economics* und hat Artikel in verschiedenen Zeitschriften, darunter *Review of Economics and*

Statistics und *Journal of Public Economics*, veröffentlicht. Innerhalb des von ihm geleiteten IZA-Forschungsbereichs analysiert Schmidt politische Strategien und Projekte, die national wie international zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durchgeführt werden. „Die Evaluation arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen ist von zentraler Bedeutung, wenn es darum geht, den tatsächlichen Nutzen einzelner Programme und Projekte zu ermitteln und die entsprechenden Rückschlüsse für staatliches Handeln zu ziehen“, faßt Christoph M. Schmidt die Relevanz der IZA-Forschungen in diesem Bereich zusammen.



+++ Rainer Winkelmann neuer IZA-Forschungsdirektor für den Bereich „Die Zukunft der Arbeit“ +++

Als Forschungsdirektor übernimmt *Rainer Winkelmann* die Federführung der wissenschaftlichen Arbeit im IZA-Forschungsbereich „Die Zukunft der Arbeit“. Sein Studium der Volkswirtschaftslehre absolvierte er an den Universitäten Konstanz (Diplom-Volkswirt, 1989) und Paris, an der Washington-Universität in St. Louis (M.A., 1990) und an der Universität München (Dr. oec. publ., 1993). Zwischen 1993 und 1995 war er Visitant Assistant Professor am Dartmouth College, New Hampshire, USA. Von 1995 bis 1999 lehrte er als Senior Lecturer an der Universität Canterbury, Christchurch, in Neuseeland. Darüber hinaus war Winkelmann für die neuseeländische Regierung als Berater in Fragen der



Einwanderungspolitik, der wirtschaftlichen Situation der Maoris und der Auswirkung der Handelsliberalisierung auf die Einkommensverteilung tätig.

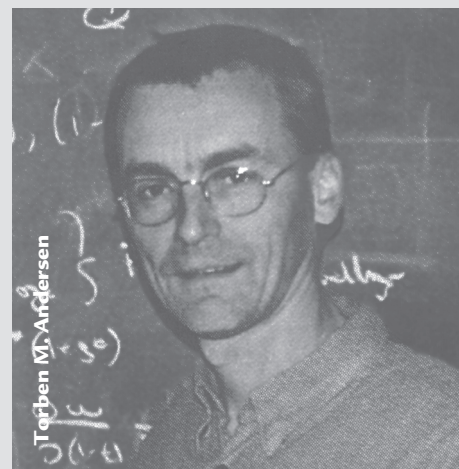
Winkelmann kam im Dezember 1999 als wissenschaftlicher Mitarbeiter zum IZA. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen die empirische Arbeitsmarktökonomie,

hier speziell Fragen der Arbeitslosigkeit, Migration und Einkommensverteilung, sowie ökonometrische Modelle für Zähl- und Paneldaten. Unter seinen Veröffentlichungen finden sich „Econometric Analysis of Count Data“ und zahlreiche Aufsätze in Fachzeitschriften wie *Economica*, *Industrial and Labor Relations Review*, *Journal of Business and Economics Statistics*, *Journal of Econometrics* und *Journal of International Economics*. Winkelmanns Forschungen zur „Zukunft der Arbeit“ werden sich auf die Auswirkungen moderner Entwicklungen wie der Informationstechnologie, der Globalisierung und des demographischen Wandels auf den Arbeitsmarkt konzentrieren. „Zunehmender Wettbewerb und technischer Wandel werden zu neuen Formen der Arbeit führen. Welche sozialen Konsequenzen hat diese Veränderung? Wer sind die Gewinner, wer die Verlierer? Diesen und anderen Fragen geht das IZA im Rahmen dieses Forschungsbereiches nach“, so Winkelmann.



+++ Torben M. Andersen neuer IZA-Forschungsdirektor für den Bereich „Internationalisierung der Arbeitsmärkte“ +++

Mit *Torben M. Andersen* konnte das IZA einen renommierten Ökonomen für die Leitung des Forschungsbereichs „Internationalisierung der Arbeitsmärkte“ gewinnen. Torben Andersen ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Aarhus. Sein Studium hat er an der London School of Economics, der Universität Aarhus und der Université Catholique de Louvain (Belgien) absolviert. Sein Forschungsinteresse gilt unter anderem den Auswirkungen der europäischen Integration und der Globalisierung auf die in-



ternationalen Arbeitsmärkte, ebenso aber auch makroökonomischen Bezügen der Arbeitsmarktforschung sowie den Strukturen der Produktmärkte. Andersen ist Mitherausgeber zahlreicher Fachzeitschriften (u. a. *Journal of Macroeconomics*, *European Economic Review*, *Scandinavian Journal of Economics*, *Nordic Journal of*

Political Economy, Recherches Economiques de Louvain) und hat diverse wichtige Beiträge in Fachbüchern und internationalen Fachzeitschriften veröffentlicht. Zugleich ist er als Mitglied verschiedener Gremien in der Politikberatung sowie als Research Fellow für CEPR und IZA tätig. Für den von ihm geleiteten Forschungsbereich gibt er ein ehrgeiziges Ziel vor: „Das Gesicht der Arbeitsmärkte ändert sich im Zeichen der Internationalisierung täglich. Das stellt Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften, Arbeitgeber und Arbeitnehmer vor immense Herausforderungen. Das IZA will wissenschaftlich fundierte Orientierung anbieten und dazu beitragen, diesen Herausforderungen gerecht zu werden.“



Ulrike Maurer

+++ Ulrike Maurer übernimmt IZA-Veranstaltungs- und Projektmanagement +++

Seit Dezember 1999 war *Ulrike Maurer* als Sekretärin für das IZA tätig. Jetzt wechselt sie in die Position der Projektmanagerin und wird fortan insbesondere für die Organisation der IZA Workshops und Events verantwortlich sein. Ulrike Maurer hat Englisch und Musik an der Universität Bonn studiert und im Anschluß in den Nachrichtenredaktionen verschiedener Rundfunk- und Fernsehsender gearbeitet. Von 1995 bis 1999 war sie als Mitarbeiterin der Pressestelle einer Fraktion des Deutschen Bundestages unter anderem für das Marketing von Veranstaltungen und Veröffentlichungen zuständig.



NEUE IZA DISCUSSION PAPERS

- 66 E. J. Bird H. Kayser
J. R. Frick G. G. Wagner**

The Immigrant Welfare Effect: Take-Up or Eligibility?

- 67 R. T. Riphahn
A. Thalmaier**

Behavioral Effects of Probation Periods: An Analysis of Worker Absenteeism

- 68 B. Dietz**

Ethnic German Immigration from Eastern Europe and the former Soviet Union to Germany: the Effects of Migrant Networks

- 69 M.-S. Yun**

Generalized Selection Bias and the Decomposition of Wage Differentials

- 70 I. N. Gang**

Immigrants and Unemployment in the European Community

- 71 L. Goerke**

The Wedge

- 72 J. Fersterer
R. Winter-Ebmer**

Are Austrian Returns to Education Falling Over Time?

- 73 G. S. Epstein S. Nitzan**

The Endogenous Determination of Minimum Wage

- 74 M. Kräkel**

Strategic Mismatches in Competing Teams

- 75 A. Henry**

Adjustment Dynamics and the Natural Rate: An Account of UK Unemployment

76 G. Brunello M. Giannini

Selective Schools

- 77 C. M. Schmidt**

Knowing What Works: The Case for Rigorous Program Evaluation

- 78 J. Hansen**

Endogenous Schooling and the Distribution of the Gender Wage Gap

- 79 J. S. Earle**

Z. Sakova

Entrepreneurship from Scratch: Lessons on the Entry Decision into Self-Employment from Transition Economies

- 80 J. C. van Ours**

J. Veenman

The Netherlands: Old Emigrants – Young Immigrant Country

- 81 T. J. Hatton**

S. Wheatley Price

Migration, Migrants and Policy in the UK

- 82 K. A. Konrad**

Privacy, time consistent optimal labor income taxation and education policy

- 83 R. Euwals**

Female Labour Supply, Flexibility of Working Hours, and Job Mobility in the Netherlands

- 84 C. M. Schmidt**

The Heterogeneity and Cyclical Sensitivity of Unemployment: An Exploration of German Labor Market Flows

- 85 S. Pudney**

M. A. Shields

Gender and Racial Discrimination in Pay and Promotion for NHS Nurses

- 86 J.P. Haiksen-DeNew**

C. M. Schmidt

Money for Nothing and Your Chips for Free? The Anatomy of the PC Wage Differential

- 87 T. K. Bauer**

Educational Mismatch and Wages in Germany

- 88 O. Bover**

P. Velilla

Migration in Spain: Historical Background and Current Trends

- 89 S. Neuman**

Alyah to Israel: Immigration under Conditions of Adversity

- 90 H. Lehmann**

J. Wadsworth

Tenures that Shook the World: Worker Turnover in Russia, Poland and Britain

- 91 M. Lechner**

Identification and Estimation of Causal Effects of Multiple Treatments Under the Conditional Independence Assumption

- 92 R. E. Wright**

The Rate of Return to Private Schooling

- 93 M. Lechner**

An Evaluation of Public-Sector-Sponsored Continuous Vocational Training Programs in East Germany

- 94 M. Eichler**

M. Lechner

An Evaluation of Public Employment Programmes in the East German State of Sachsen-Anhalt

- 95 P. Cahuc**

A. Zylberberg

Job Protection, Minimum Wage and Unemployment

- 96 P. Cahuc**

A. Zylberberg

Redundancy Payments, Incomplete Labor Contracts, Unemployment and Welfare

GÄSTEPROGRAMM DES IZA

Von November 1999 bis Februar 2000 konnte das IZA die nachfolgenden Ökonomen als Gäste begrüßen und mit ihnen aktuelle Fragen der Arbeitsmarktforschung erörtern:

Wolfgang Schwerdt (CREST/INSEE, Paris, Frankreich)

Christian Belzil (Concordia University, Montreal, Kanada)

Michael Shields (University of Leicester, England)

John Haiksen-DeNew (DIW, Berlin)

Anders Björklund (Universität Stockholm, Schweden)

Don J. DeVoretz (Simon Fraser University, Vancouver, Kanada)

Patricia Apps (University of Sydney, Australien)

Frank Windmeijer (Institute for Fiscal Studies, London, England)

Heinz P. Galler (Universität Halle)

Kurt Brannas (Universität Umea, Schweden)

Hartmut Lehmann (Heriot-Watt University Edinburgh, Schottland)

Arthur van Soest (Universität Tilburg, Niederlande)

Torben M. Andersen (Universität Aarhus, Dänemark)

Reinhold Schnabel (Universität Mannheim)

Scott M. Fuess (University of Nebraska, USA)

M. Pilar Diaz-Vasquez (Santiago de Compostela, Spanien)

Dennis Snower (Birkbeck College, London England)

Hector Sala (Freie Universität Barcelona, Spanien)

Roger Wahlberg (Universität Göteborg, Schweden)

MEINUNG

Feindliche Übernahmen - Gut für die Beschäftigung?



Das Ende des Übernahmekampfes um die traditionsreiche Firma Mannesmann durch den Sieg des englischen Mobilfunkers Vodafone im Februar dieses Jahres markiert ein Novum in der nationalen Wirtschaftsgeschichte. Der Umfang des Deals mit seinem Übernahmevermögen von 400 Milliarden DM macht diese Fusion auch zur größten de facto-feindlichen Übernahme weltweit.

Firmenübernahmen sind im Zeichen der Globalisierung ein normaler Vorgang. Bei einer feindlichen Übernahme kann der Interessent entweder Aktien der betroffenen Firma offen oder heimlich an den Börsen kaufen oder er macht den Aktionären ein profitables Kaufangebot. Alternativ vermeidet ein Aktientausch den Einsatz von Barmitteln. Die Situation der Arbeitnehmer wird dadurch nicht zwangsläufig verändert. Schließlich bleiben Tarifverträge zunächst einmal unbeeinflusst. Allerdings hat die Arbeitnehmerseite bei einer feindlichen Übernahme prinzipiell mehr Möglichkeiten, die Konditionen zu beeinflussen.

Für die Aktionäre kommt es auf die Interessenlage an. Die feindliche Übernahme verändert die Machtverhältnisse in der

Unternehmung, gefährdet also ihren Einfluß. Sind sie primär ertragsorientiert, so kann die feindliche Übernahme im Vergleich zur einvernehmlichen vorteilhaft sein, wenn sie die Preise in die Höhe treibt. Bei einem Aktientausch wird man zum Miteigentümer, man trägt aber auch das unternehmerische Risiko mit.

Was spricht für die Hinnahme feindlicher Übernahmen? Sie sind, so könnte man argumentieren, nicht nur eine notwendige Begleiterscheinung der internationalen Wirtschaftsverflechtung, ohne die der Anschluß an den Globalisierungsprozeß verpaßt wird, sondern zugleich Garant einer optimalen Allokation der Ressourcen. Übernahmen über Ländergrenzen hinweg sind nur schwer freundlich zu organisieren, da sie auf hochorganisierte Unternehmen und auf sehr unterschiedliche nationale Kulturen der Unternehmensführung stoßen.

Allerdings besteht die Gefahr, daß kurzfristige Profitinteressen auf Seiten der angreifenden Unternehmung und der Aktionäre dominieren. Die amerikanischen Erfahrungen zeigen, daß feindliche Übernahmen sehr häufig mit der Zerschlagung und Ausschachtung von Unternehmungen enden. Der Kauf einer Unternehmung, um Grundstücke, technische Entwicklungen oder Absatznetze zu erwerben, ist nicht zwangsläufig dazu geeignet, langfristig optimale Allokationen zu generieren. Eine Unternehmung aufzubauen ist allemal ein viel schwierigeres Unterfangen, die Zerstörung dagegen geschieht rasch und ist nicht immer kreativ. Nicht jeder Firmenaufkäufer ist ein Schumpeter'scher Unternehmer.

Der Übernahmekampf selbst kann (wie im Beispiel Vodafone-Mannesmann) zu absurden Schaukämpfen und zum Einsatz gigantischer Mittel für PR-Kampagnen führen – mit fragwürdigen Konsequenzen für die Leistungsfähigkeit der beteiligten Unternehmen. Es müssen „kraftvolle Unternehmensstrategien“ demonstriert werden, um die Aktionäre zu überzeugen. Dabei wird mehr auf die öffentliche Stimmung, denn auf eine rationale Meinungsbildung

bei den Aktionären gesetzt. Möglicherweise erweisen sich die aufgezeigten Perspektiven später als waghalsig und risikoreich. Asymmetrische Informationen über die Potentiale einer Fusion stellen ein gravierendes Problem dar. Wer schützt insbesondere die Kleinaktionäre, darunter auch die mitbeteiligten Arbeitnehmer?

Die Arbeitnehmer repräsentieren das langfristige Element der Unternehmung. Ein starker Arbeitnehmerschutz kann dies adäquat regulieren. Der Kaufinteressent sollte spezifizieren müssen, welche Effekte die Übernahme auf die Arbeitsplätze in kurzer und mittelfristiger Sicht hat. Dadurch könnten die Kosten einer falschen Übernahme groß gehalten werden. Gleiches würde erreicht, wenn eine Firma nicht nur durch einen Aktientausch übernommen werden kann.

Was ändert sich in der deutschen Wirtschaft, wenn sie verstärkt zum Ziel feindlicher Übernahmen werden sollte? Eine konsequentere Einbindung in den globalen Wettbewerb wird die Folge sein, und dies ist positiv. Aber die vermehrten Übernahmefeldzüge bedeuten auch, daß sich mehr und mehr kreatives Unternehmerpotential mit Eroberung und Abwehr, statt mit der Entwicklung neuer Ideen und Märkte beschäftigt, und das ist negativ. Wenn eine Übernahme so überzeugende Vorteile hat, warum erfolgt sie nicht in voller Übereinstimmung, nach Prüfung aller prüfaren Fakten?

Durch feindliche Übernahmen ist also langfristig eine gesamtwirtschaftlich schlechtere Allokation der Ressourcen zu erwarten, und folglich dürften eher Verluste als Gewinne an Arbeitsplätzen daraus resultieren. Feindliche Übernahmen haben ein Element spekulativen Wirtschaftens, und das ist eben kein gutes Zeichen für Beschäftigung. Konsequenter wäre es also, feindliche Übernahmen zu regulieren. Ein Übernahmegesetz ist überfällig.

K. F. Zimmermann



IZA

Forschungsinstitut
zur Zukunft
der Arbeit

IMPRESSUM:

Herausgeber: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
Redaktion: Holger Hinte
IZA, Postfach 7240, D-53072 Bonn
Tel. (02 28) 38 94 222, Fax (02 28) 38 94 210
e-mail: compact@iza.org
Grafiken/Fotos: IZA
Layout/Druck: Verlag Erik Dynowski,
Köln